A. Bewerbungsbedingungen

Vergabeverfahren

Erbringung von abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen
im Landkreis Mittelsachsen

Vergabenummer: EKM-01-1-2025

A. Bewerbungsbedingungen

1. Allgemeines

1.1 Bezeichnung der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle und der den Zuschlag erteilenden Stelle

Auftraggeber:

EKM Entsorgungsdienste Kreis Mittelsachsen GmbH
Frauensteiner Str. 95
09599 Freiberg

Ansprechpartner: Herr Irmer

Telefax: 03731 26 25 50

Bitte nutzen Sie für Bieteranfragen ausschließlich die vom AG genutzte E-Vergabeplattform evergabe.de.

1.2 Kommunikation

Die gesamte Bieterkommunikation im Vergabeverfahren erfolgt ausschließlich über die E-Vergabeplattform evergabe.de. Alle Nachrichten der Vergabestelle (neben den Antworten auf Bieterfragen und Änderungen der Unterlagen auch z. B. Nachforderungen, die Vorinformationen nach § 134 GWB, die Information über den Zuschlag oder die Nichtberücksichtigung von Angeboten) werden elektronisch über die Vergabeplattform übermittelt.

1.3 Verfahrensart

Es findet ein Offenes Verfahren gem. § 15 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) statt.

2. Leistungsgegenstand

Gegenstand der Leistung ist die Erbringung von abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen im Landkreis Mittelsachsen in 5 Gebiets- bzw. Fachlosen nach näherer Maßgabe der Leistungsbeschreibung.

2.1 Art und Umfang der Leistung

Der Leistungsumfang, der Leistungsort sowie der Leistungszeitraum der einzelnen Leistungen und Lose sind in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst:

Los	Leistung	Grundlaufzeit	Verlängerungsoption	Leistungsort
1	Sammlung und Beförderung von Restabfall, PPK und sperrigen Abfällen sowie Betrieb der Wertstoffhöfe im Entsorgungsgebiet Nord	01.06.2026 bis 31.05.2033	Der Vertrag verlängert sich bei den Losen 1 bis 4 zwei Mal um jeweils 24 Monate, d. h. bis zum 31.05.2035 bzw. bis zum 31.05.2037, wenn der Vertrag bis 12 Monate vor Vertragsende nicht durch den AG gekündigt wird.	Landkreis Mittelsachsen, Entsorgungsgebiet Nord
2	Sammlung und Beförderung von Restabfall, PPK und sperrigen Abfällen sowie Betrieb der Wertstoffhöfe im Entsorgungsgebiet Süd	01.06.2026 bis 31.05.2033		Landkreis Mittelsachsen, Entsorgungsgebiet Süd
3	Mobile Sammlung, Transport und Entsorgung von Problemstoffen	01.06.2026 bis 31.05.2033		Landkreis Mittelsachsen
4	Stationäre Sammlung, Transport und Entsorgung von Problemstoffen	01.06.2026 bis 31.05.2033		Landkreis Mittelsachsen
5	Transport und Verwertung von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK)	01.06.2026 bis 31.05.2029	Der Vertrag verlängert sich zwei Mal um jeweils 12 Monate, d. h. bis zum 31.05.2030 bzw. bis zum 31.05.2031, wenn der Vertrag bis 12 Monate vor Vertragsende nicht durch den AG gekündigt wird.	die Durchführung der Verwertungsleistung ist örtlich nicht beschränkt

2.2 Unterteilung in Lose

Die Leistung wird in die in Ziffer 2.1 genannten Lose eingeteilt. Angebote sind für einzelne und mehrere Lose zulässig. Für jedes angebotene Los sind die Leistungsverzeichnisse auszufüllen.

Im Angebotsschreiben ist anzugeben, auf welche/s Los/e sich das Angebot bezieht.

2.3 Ort der Leistungserbringung

Der jeweilige Ort der Leistungserbringung ergibt sich aus der Tabelle unter Ziffer 2.1.

3. Leistungszeitraum

Der Leistungszeitraum beginnt für alle Lose am 01.06.2026.

Die Grundlaufzeit für die Lose 1 bis 4 beträgt sieben Jahre (01.06.2026 bis 31.05.2033).

Der Vertrag verlängert sich bei den Losen 1 bis 4 je Los zwei Mal um jeweils 24 Monate, d. h. bis zum 31.05.2035 bzw. bis zum 31.05.2037, wenn der Vertrag bis 12 Monate vor Vertragsende (1. Kündigungsfrist: 31.05.2032; 2. Kündigungsfrist: 31.05.2034) nicht durch den Auftraggeber gekündigt wird.

Die Laufzeit für Los 5 (Verwertung von PPK) beträgt drei Jahre (01.06.2026 bis 31.05.2029). Der Vertrag verlängert sich bei Los 5 zwei Mal um jeweils 12 Monate, d. h. bis zum 31.05.2030 bzw. bis zum 31.05.2031, wenn der Vertrag bis 12 Monate vor Vertragsende (1. Kündigungsfrist: 31.05.2028; 2. Kündigungsfrist: 31.05.2029) nicht durch den Auftraggeber gekündigt wird.

4. Vertragsbedingungen und Zahlungsbedingungen

Die Vertragsbedingungen und Zahlungsbedingungen ergeben sich aus der beigefügten Leistungsbeschreibung (Teil D der Vergabeunterlagen) und den beigefügten Besonderen Vertragsbedingungen (Teil F der Vergabeunterlagen). Ergänzend und nachrangig gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der Fassung vom 05.08.2003 (BAnz Nr. 178 a vom 23.09.2003) und das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) in der jeweils gültigen Fassung.

5. Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen sind wie folgt gegliedert:

Teil A: Bewerbungsbedingungen

Teil B: Angebotsschreiben

Teil C: Anlagen zum Angebotsschreiben

Teil D: Leistungsbeschreibung

Teil E: Erläuterung der Vorgehensweise zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes

Teil F: Besondere Vertragsbedingungen (je Los: F.1/2, F.3, F.4 und F.5)

Die Vergabeunterlagen sind verbindliche Bestandteile der Ausschreibung.

Die Vergabeunterlagen sind unter der in der Bekanntmachung näher spezifizierten Internetadresse des Ausschreibungsdienstes evergabe.de abzurufen.

Nach § 9 Abs. 3 VgV müssen Vorinformation, Auftragsbekanntmachung und Vergabeunterlagen jedem Interessierten ohne Registrierung zugänglich sein. Eine freiwillige Registrierung ist jedoch zulässig.

Etwaige Bieterinformationen mit Erläuterungen oder Änderungen an den Vergabeunterlagen wird der Auftraggeber über die o. g. Internetadresse auf der E-Vergabeplattform evergabe.de elektronisch bereitstellen. Unternehmen müssen sich selbständig informieren (Holschuld) unter der in der Bekanntmachung angegebenen Stelle.

6. Unklarheiten, Aufklärung

Die Bieter haben sich unmittelbar nach Abruf der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Sind die Unterlagen unvollständig oder enthalten sie nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter den Auftraggeber vor der Angebotsabgabe unverzüglich über den Ausschreibungsdienst evergabe.de darauf hinzuweisen.

Alle Hinweise und sonstige Nachfragen sind ausschließlich mittels Kommunikation über den vom Auftraggeber genutzten Ausschreibungsdienst evergabe.de an die Vergabestelle zu richten.

7. Angebote

7.1 Allgemeines

Das Angebot muss vor Ablauf der Angebotsfrist (siehe Ziffer 7.2) gem. § 53 Abs. 1 VgV elektronisch in Textform (§ 126b BGB) über den Ausschreibungsdienst evergabe.de eingegangen sein.

Für das Angebot ist das Formular „Angebotsschreiben“ (Teil B) zu verwenden. Dem Formular sind grundsätzlich die in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen geforderten Unterlagen (insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise) beizufügen (s. dazu nachfolgend Ziffer 7.10).

Sämtliche Unterlagen sind ausschließlich in elektronischer Form über die in der Bekanntmachung näher spezifizierte Internetadresse des Ausschreibungsdienstes evergabe.de einzureichen.

Mit dem Hochladen in Textform nach § 126b BGB gelten das Angebot und alle damit eingereichten Erklärungen sowie Nachweise des Bieters als unterschrieben. Unterschriften und Firmenstempel des Bieters sind nicht notwendig. Bei Angeboten von Bietergemeinschaften muss das Angebot von dem bevollmächtigten Mitglied der Bietergemeinschaft in Textform nach § 126b BGB hochgeladen werden.

Erklärungen und Nachweise Dritter (auch der Mitglieder der Bietergemeinschaft auf dem zur Bevollmächtigung eines Mitgliedes vorgesehenen Formular) sind zu unterschreiben; hierzu können folgende Möglichkeiten genutzt werden:

- Vorgelegt bzw. hochgeladen wird eine Datei der unterschriebenen und eingescannten Dritterklärung oder
- vorgelegt bzw. hochgeladen wird eine Datei der unterschriebenen und abfotografierten Dritterklärung.

Hierbei handelt es sich um zwingende Mindestanforderungen, d. h. „höherwertige“ Formen sind zugelassen. So kann freiwillig auch die/das fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur/Siegel verwendet werden.

Die mit dem Angebot einzureichenden Formulare müssen nicht unbedingt zum Einsatz kommen. Es dürfen auch gleichwertige Erklärungen und Nachweise des Bieters verwendet werden. Es wird jedoch dringend angeraten, die genannten Formulare zu verwenden, um Zweifel an der „Gleichwertigkeit“ des Nachweises zu vermeiden. Soweit Erklärungen zur besseren Beurteilung des Angebotes erforderlich erscheinen, können sie dem Angebot auf gesonderter Anlage beigefügt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Vergabestelle gem. § 56 Abs. 2, Abs. 4 VgV fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise sowie fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen bis zum Ablauf einer im Einzelfall zu bestimmenden, angemessenen Nachfrist nachfordern kann. Die Möglichkeit der Nachforderung steht im Ermessen des Auftraggebers. Die Bieter sollten daher im wohlverstandenen Eigeninteresse sämtliche Erklärungen und Nachweise bereits mit dem Angebot einreichen.

Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist gem. § 56 Abs. 3 Satz 1 VgV ausgeschlossen. Dies gilt gem. § 56 Abs. 3 Satz 2 VgV nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.

7.2 Angebotsfrist

Termin für die Abgabe der Angebote:

07.05.2025

13:00 Uhr

7.3 Sprache

Das Angebotsanschreiben, Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise sind in deutscher Sprache abzufassen bzw. zu übermitteln.

7.4 Änderungen am Angebot

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen seines Angebotes durch den Bieter sind vor Ablauf der Angebotsfrist in gleicher Form wie das Angebot einzureichen.

7.5 Änderungen an den Vergabeunterlagen

Änderungen und Ergänzungen an den Inhalten der Vergabeunterlagen sind unzulässig. Abweichungen des Angebotes von den Vergabeunterlagen haben nach § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV den Ausschluss des Angebotes zur Folge.

7.6 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

7.7 Preise

Alle Angebotspreise (Kostenpositionen bzw. Erlöspositionen) sind netto in Euro (€), Bruchteile hiervon in vollen Cent auf zwei Nachkommastellen gerundet anzugeben. Die Entgelte sind getrennt für jede abgefragte Position einzutragen.

Die für die Eintragung der Preise vorgesehenen Felder im Leistungsverzeichnis sind vollständig auszufüllen. Fehlende Preisangaben führen zum Ausschluss des Angebotes (§ 57 Abs. 1 Nr. 5 VgV). Nur wenn es sich um unwesentliche Preisangaben i. S. v. § 57 Abs. 1 Nr. 5 2. Halbsatz VgV handelt, können Erklärungen gem. § 56 Abs. 2 Satz 1 VgV nachgefordert werden.

Hinsichtlich der Möglichkeiten einer Preisanpassung wird auf die Regelungen in den Besonderen Vertragsbedingungen (Teil F der Vergabeunterlagen) verwiesen.

Angebote, die einen Preisnachlass für den Fall einer Bezuschlagung des Bieters zu den Losen 1 und 2 vorsehen, sind zugelassen. Ein Rabatt für die gemeinsame Beauftragung dieser beiden Lose ist im Angebotsschreiben anzugeben. Ein angebotener Rabatt gilt gleichförmig für alle Leistungspositionen des Leistungsverzeichnisses mit Ausnahme von Positionen für Verwertungsleistungen für die jeweiligen Lose. Für andere Lose sind keine Rabatte vorzusehen.

7.8 Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind zugelassen, soweit sie wettbewerbsrechtlich zulässig sind.

Bietergemeinschaften haben ein Verzeichnis über die Mitglieder der Bietergemeinschaft mit Benennung des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft sowie eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung zu übergeben, aus der hervorgeht, dass der bevollmächtigte Vertreter der Bietergemeinschaft, der die im Verzeichnis aufgeführten Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, berechtigt ist, für die Mitglieder der Bietergemeinschaft Zahlungen entgegenzunehmen und dass alle Mitglieder der Bietergemeinschaft als Gesamtschuldner haften.

Ein entsprechendes Formblatt (C-2.4) ist dem Angebotsschreiben beigefügt, das grundsätzlich mit dem Angebot der Bietergemeinschaft ausgefüllt und unterschrieben einzureichen ist, falls der Bieter nicht ein eigenes Formular gleichen Inhalts verwendet.

Bei Bietergemeinschaften sind die entsprechenden Erklärungen und Nachweise nach folgender Maßgabe vorzulegen: Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB muss für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft vollständig belegt sein. Die Leistungsfähigkeit und Fachkunde muss für die Bietergemeinschaft insgesamt nachgewiesen werden, d. h. hier werden die vorgelegten Nachweise der einzelnen Mitglieder in der Summe bewertet.

Die Bietergemeinschaften dürfen ihre Mitgliederzusammensetzung nur vor Ablauf der Angebotsfrist im Wege der Rücknahme des Angebots und der Einreichung eines neuen Angebots der neu zusammengesetzten Bietergemeinschaft ändern.

7.9 Unterauftragnehmer

7.9.1 Zulässigkeit von Unterbeauftragungen

Unterbeauftragungen sind nach Maßgabe von § 36 VgV sowie der Besonderen Vertragsbedingungen (Teil F der Vergabeunterlagen) zulässig. Lieferanten gelten nicht als Unterauftragnehmer.

Soweit der Bieter bereits bei Angebotsabgabe den Einsatz von Unterauftragnehmern beabsichtigt, hat er im Angebot anzugeben, welche Leistungsteile an Unterauftragnehmer vergeben werden sollen. Sofern dies bereits feststeht, hat der Bieter ferner bereits im Angebot anzugeben, wer für bestimmte Leistungen als Unterauftragnehmer vorgesehen ist. Unterauftragnehmer für Transportleistungen müssen bei Angebotsabgabe noch nicht benannt werden. Die Vergabestelle behält sich vor, bei Bietern, die für den Zuschlag in Betracht kommen und die im Angebot angegeben haben, Leistungsteile an noch nicht benannte Unterauftragnehmer vergeben zu wollen, vor Zuschlagserteilung die Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern zu fordern sowie den Nachweis, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen (siehe auch § 36 Abs. 1 Satz 2 VgV).

Für Unterauftragnehmer für die Leistungen der Verwertung des PPK sind allein die Angaben im Formblatt C-5-C in den Anlagen zum Angebotsscheiben (Teil C der Vergabeunterlagen) vorzulegen.

Für die Unterauftragnehmer gelten hinsichtlich der Eignung dieselben Anforderungen wie für den Bieter selbst. Unterauftragnehmer müssen über die erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit verfügen und dürfen nicht nach den §§ 123 oder 124 GWB ausgeschlossen worden sein. Für Unterauftragnehmer sind auf Verlangen des Auftraggebers von den in die engere Wahl kommenden Bietern die gleichen Nachweise und Erklärungen wie für den Hauptauftragnehmer vorzulegen (Ausnahme: Unterauftragnehmer für Transport).

Die Vergabestelle überprüft vor der Zuschlagserteilung, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe (§ 123 GWB) verlangt die Vergabestelle die Ersetzung des Unterauftragnehmers. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe (§ 124 GWB) kann die Vergabestelle verlangen, dass dieser ersetzt wird. Die Vergabestelle kann dem Bieter hierfür eine Frist setzen (siehe auch § 36 Abs. 5 VgV). Soweit die Vergabestelle es für erforderlich erachtet, wird sie diesbezüglich die Erklärungen und Nachweise nach Maßgabe von Ziffer 7.10.1 Nr. IX.b) und IX.c) anfordern. Zu den Erklärungen und Nachweisen vgl. konkret Ziffer 7.10.1, IX.

Soweit Unterauftragnehmer nicht bereits vor Zuschlagserteilung benannt wurden, ist die Beauftragung nur nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen möglich.

7.10 Mit dem Angebot vorzulegende Nachweise und Erklärungen

Als Angebot ist bis zum Ablauf der hierfür geltenden Frist das Angebotsschreiben samt Leistungsverzeichnis vorzulegen. Grundsätzlich sollen dem Angebot auch die nachfolgend

genannten Nachweise und Erklärungen beigefügt sein, sofern dort nicht ausdrücklich angegeben ist, dass diese lediglich auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen sind. Für den Vorbehalt einer Nachforderung von Nachweisen und Erklärungen wird auf die Ausführungen unter Nr. 7.1 dieser Bewerbungsbedingungen verwiesen.

7.10.1 Geforderte Unterlagen

Nachfolgend werden die einzureichenden Unterlagen abschließend aufgelistet. Aufgeführt ist die Bezeichnung der geforderten Unterlagen, die Art der geforderten Vorlage und der Zeitpunkt der Übermittlung.

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
I	Angebotsschreiben	Formblatt (Teil B)	mit dem Angebot
II a	Leistungsverzeichnis	Formblatt (Teil C.1)	mit dem Angebot
II b	Urkalkulation	als pdf-Dokument in ZIP-Datei mit Passwortschutz	mit dem Angebot
III	**Mit dem Angebot vorzulegende Eigenerklärungen des Bieters zur Eignung gem. § 122 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 GWB und zum Fehlen von Ausschlussgründen nach § 122 Abs. 1 (im Angebotsschreiben enthalten)**		
III a	Eigenerklärung des Bieters zu zwingenden Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB sowie nach Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) und Mindestlohngesetz (MiLoG) sowie Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG)	Eigenerklärung im Angebotsschreiben (Teil B)	mit dem Angebot
III b	Eigenerklärung des Bieters zu fakultativen Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB	Eigenerklärung im Angebotsschreiben (Teil B)	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
III c	Eigenerklärung des Bieters, dass er die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung erfüllt hat (Fehlen von Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 3 GWB)	Eigenerklärung im Angebotsschreiben (Teil B)	mit dem Angebot
III d	Eigenerklärung des Bieters, dass er während der gesamten Vertragslaufzeit über ausreichende Kapazitäten zur Erbringung der angebotenen Leistungen verfügen wird (Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nach § 43 Abs. 1 VgV)	Eigenerklärung im Angebotsschreiben (Teil B)	mit dem Angebot
III e	Eigenerklärung des Bieters, dass er die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllt (Befähigung zur Berufsausübung gem. § 44 VgV)	Eigenerklärung im Angebotsschreiben (Teil B)	mit dem Angebot
III f	Erklärung des Bieters, zum Leistungsbeginn eine Betriebs- und Umwelthaftpflichtversicherung mit den in den Besonderen Vertragsbedingungen (siehe Teil F der Vergabeunterlagen) genannten Deckungssummen vorzuhalten (Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nach § 43 Abs. 1 VgV)	Eigenerklärung im Angebotsschreiben (Teil B)	mit dem Angebot
III g	Eigenerklärung des Bieters, dass er in Bezug auf die Vergabe keine unzulässigen wettbewerbsbeschränkenden Abreden mit Dritten getroffen hat (Fehlen von Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 Ziff. 3 GWB)	Eigenerklärung im Angebotsschreiben (Teil B)	mit dem Angebot
IV	**Mit dem Angebot vorzulegende weitere Nachweise und Erklärungen mit Informationen zur Struktur des Bieters**		
IV a	Verzeichnis der weiteren eingereichten Unterlagen	Formblatt C-2.1	mit dem Angebot
IV b	Erklärung des Bieters zur Übersicht über den Bieter (Einzelbewerber oder Bietergemeinschaft, ggf. Mitglieder der Bietergemeinschaft)	Formblatt C-2.2	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
IV c	Angaben zur Rechtsform des Bieters	Formblatt C-2.3	mit dem Angebot
IV d	ggf. Erklärung der Bietergemeinschaft	Formblatt C-2.4	ggf. mit dem Angebot
IV e	ggf. Verpflichtungserklärungen anderer Unternehmen	Formblatt C-2.7	ggf. mit dem Angebot
IV f	aktueller Auszug aus dem Handelsregister, nicht älter als 12 Monate (Nachweis der Befähigung zur Berufsausübung, § 44 VgV)	Nachweis	mit dem Angebot
V	**Mit dem Angebot vorzulegende sonstige Unterlagen zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit gem. § 45 VgV**		
V a	Erklärung über den Gesamtumsatz des Bieters sowie dessen Umsatz bezüglich der ausgeschriebenen oder vergleichbarer Leistungen und die Bilanzsumme, jeweils in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren	Formblatt C-2.3	mit dem Angebot
V b	Bereitschaftserklärung zur Stellung einer Bürgschaft nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen (Teil F der Vergabeunterlagen)	Formblatt C-2.5	mit dem Angebot
V c	Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung in beliebiger Höhe	Nachweis	mit dem Angebot
VI	**Mit dem Angebot vorzulegende Nachweise und Erklärungen des Bieters zur Beurteilung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (§ 122 GWB, § 46 VgV)**		
VI a	Auflistung von repräsentativen Referenzaufträgen der letzten drei Jahre für die Erbringung der	Formblatt C-2.6	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
	ausgeschriebenen oder vergleichbarer Dienstleistungen - für die Lose 1, 2, 3 und 5 im Auftrag einer Kommune, einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder eines Zweckverbandes bzw. einer Anstalt öffentlichen Rechts oder vergleichbaren Rechtsträgern und - nur für Los 1 und Los 2: unter Einsatz eines Abfallbehälteridentifikationssystems, eingesetzt zur Gebührenerhebung, als Vertragsgegenstand, mit Benennung von durchgeführter Dienstleistung, Durchführungszeitraum der Dienstleistung, Bezeichnung des Auftraggebers (auf Verlangen: Ansprechpartner inkl. dessen Telefonnummer), Leistungsumfang (Lose 1, 2 und 3: Anzahl der Einwohner im Entsorgungsgebiet; Lose 1 und 2, behältergestützte Abfallsammlung: Anzahl der mit Identsystem ausgerüsteten Sammelfahrzeuge und Behälter; Lose 4 und 5: Leistungsmenge). Weitere Informationen zum erfolgten Einsatz von Identsystemkomponenten (Lose 1 und 2) sind in das Formblatt C-2.11 einzutragen (Einsatzzeitraum, Anzahl der identifizierten Entleerungen, Lieferant der eingesetzten Identsystem-Fahrzeugausrüstung, Anzahl und Typ der mit Identsystem ausgerüsteten Fahrzeuge und Anzahl, Bauform und Lieferant der eingesetzten Identifikationschips) Hinsichtlich der Mindestanforderung je Los wird auf Ziffer 7.10.2 dieser Bewerbungsbedingungen verwiesen. Der Bieter kann sich auf die Referenzen dritter Unternehmen berufen, wenn er von diesen eine Verpflichtungserklärung (Formblatt C-2.7) vorlegt.	und für Los 1 und Los 2 Formblatt C-2.11	
VI b	Nachweis der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder Nachweis der gleichwertigen Qualifikation für die spezifischen Leistungen je Los.	Formblatt C-2.8 und Nachweis	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
	Hierzu wird auf Ziffer 7.10.3 dieser Bewerbungsbedingungen verwiesen. Der Bieter kann sich auf die Zertifizierung oder den Nachweis der gleichwertigen Qualifikation des von ihm benannten Unterauftragnehmers berufen, wenn er von diesem eine Verpflichtungserklärung (Formblatt C-2.7) sowie den Nachweis der Zertifizierung des Unterauftragnehmers als Entsorgungsfachbetrieb oder den Nachweis der gleichwertigen Qualifikation des Unterauftragnehmers gemäß den Anforderungen je Los mit dem Angebot vorlegt.		
VI c	Allgemeine Angaben zur fachlichen und technischen Beurteilung des Bieters b. Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens sowie Beschreibung der Maßnahmen des Unternehmens zur Gewährleistung der Qualität. c. Benennung der vorgesehenen Ansprechpartner für den AG und Darstellung der Qualifikation. d. Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind.	Nachweis C.3.0.1 lit. b) bis d)	mit dem Angebot
VI d	Erklärung über die Zahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt der letzten drei Jahre)	Formblatt C-2.3	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
VII	**Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen zur Durchführung der Leistungen**		
	Unterlagen zu allen Losen:		
VII a	Überblickhafte Darstellung des Gesamtkonzeptes über alle angebotenen Lose unter Bezeichnung der Betriebsstätten und Betriebsstandorte, von denen aus die Leistungen erbracht werden sollen, und Darstellung der Verfügbarkeit der Betriebsstätten zum Leistungsbeginn.	Nachweis C.3.0.1 lit. a)	mit dem Angebot
	Unterlagen zu Los 1 und Los 2 je Los:		
VII ba	Darstellung des Logistikkonzeptes zur Erbringung der Leistungen und Darstellung des Reservehaltungs- und Instandhaltungskonzeptes.	Nachweis C.3.1.0 (Los 1) C.3.2.0 (Los 2)	mit dem Angebot
VII bb	Teilleistung 1, behältergestützte Abfallsammlung: Angaben zur Anzahl der erforderlichen Fahrzeuge sowie technische und kalkulatorische Angaben zu den Fahrzeugen und Aufbauten, die zur Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlich sind, je Los	Formblatt C-A	mit dem Angebot
VII bc	Teilleistung 1, behältergestützte Abfallsammlung: Angaben zu Anzahl und Tätigkeitsbereich der für die Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlichen Mitarbeiter, je Los	Formblatt C-B	mit dem Angebot
VII bd	Teilleistung 2, Sammlung sperrige Abfälle auf Abruf: Angaben zur Anzahl der erforderlichen Fahrzeuge sowie technische und kalkulatorische Angaben zu den Fahrzeugen und Aufbauten, die zur Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlich sind, je Los	Formblatt C-A	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
VII be	Teilleistung 2, Sammlung sperrige Abfälle auf Abruf: Angaben zu Anzahl und Tätigkeitsbereich der für die Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlichen Mitarbeiter, je Los	Formblatt C-B	mit dem Angebot
VII bf	Nachweis der zu Leistungsbeginn gesicherten Verfügbarkeit der im Formblatt C-A je Teilleistung aufgeführten Fahrzeuge durch Eigenerklärung.	Nachweis C.3.1.1 (Los 1) C.3.2.1 (Los 2)	mit dem Angebot
VII bg	Nachweis der zu Leistungsbeginn gesicherten Verfügbarkeit der im Formblatt C-B je Teilleistung aufgeführten Mitarbeiter durch Eigenerklärung.	Nachweis C.3.1.2 (Los 1) C.3.2.2 (Los 2)	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
VII bh	Erläuterung der vorgesehenen Umsetzung der Anforderungen der Leistungsbeschreibung zu folgenden Aspekten: a) Umsetzung der Anforderungen für die Behälternachlieferung Restabfall und PPK mit Darstellung der vorgesehenen Abfallbehälterfabrikates für die zu beschaffenden Behälter in den geforderten Größen b) Darstellung des vorgesehenen Standortes für das Behälterlager für den Behälterdienst Restabfall und PPK innerhalb der Grenzen des Landkreises Mittelsachsen c) Ausrüstung der erforderlichen Fahrzeuge für den Betrieb eines Behälteridentifikationssystems d) Beschreibung der vorgesehenen Maßnahmen zur Sicherstellung der Abfuhr auch bei schwierigen winterlichen Betriebsverhältnissen. e) Beschreibung der vorgesehenen organisatorischen Vorkehrungen zur Reaktion auf unvorhergesehene Ereignisse im Zuge der Leistungserbringung und Nachweis der Erreichbarkeit eines jeden Ortes des Entsorgungsgebietes innerhalb von 90 Minuten bezogen auf die Fahrzeit von einem Betriebsstandort aus oder gleichwertiger Nachweis der Verfügbarkeit eines Ersatzfahrzeuges an jedem Ort des Entsorgungsgebietes innerhalb von 90 Minuten Fahrzeit. Die maßgeblichen Fahrzeiten zu repräsentativen Orten innerhalb des jeweiligen Entsorgungsgebietes von den vorgesehenen Betriebsstandorten bzw. Fahrzeugabstellpunkten / von dem vorgesehenen Betriebsstandort bzw. Fahrzeugabstellpunkt sind für **Los 1 im Formblatt C-1-C** und für **Los 2 in Formblatt C-2-C** anzugeben.	Nachweis C.3.1.3 (Los 1) C.3.2.3 (Los 2)	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
VII bi	Angaben zum vorgesehenen Betriebsstandort/ Fahrzeugeinsatzpunkt je Los (Lose 1 und 2)	Formblatt C-1-C (Los 1) C-2-C (Los 2)	mit dem Angebot
VII bj	Eigenerklärung des Herstellers des Identifikationssystems zur Übereinstimmung der angebotenen Identsystemkomponenten mit den Anforderungen der Vergabeunterlagen.	Nachweis C.3.1.4 (Los 1) C.3.2.4 (Los 2)	mit dem Angebot
VII bk	**sofern einschlägig**: Darstellung des vorgesehenen zusätzlichen Standortes zur Übergabe von PPK, Benennung des Standortes der in diesem Zusammenhang zu nutzenden Fahrzeugwaage sowie Nachweise der Verfügbarkeit des Standortes und der Fahrzeugwaage zum Leistungsbeginn. Detaillierte Angaben zur vorgesehenen Übergabestelle sind in Formblatt C-1-D (Los 1) bzw. C-2-D (Los 2) zu machen.	Nachweis C.3.1.5 (Los 1) C.3.2.5 (Los 2)	mit dem Angebot
VII bl	**sofern einschlägig**: Anlagenkennblatt der ggf. zusätzlich vorgesehenen Übergabestelle zur Lagerung und Bereitstellung von PPK	Formblatt C-1-D (Los 1) C-2-D (Los 2)	mit dem Angebot
VII bm	Erläuterung der vorgesehenen Umsetzung der Anforderung der Ziffer D.0.5.6 der Leistungsbeschreibung in Bezug auf die Umsetzung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes (SaubFahrzeugBeschG), wonach der AN einen bestimmten Anteil der Leistung, gemessen in Fahrzeugeinsatztagen, mit Fahrzeugen zu erbringen hat, die den Vorgaben des SaubFahrzeugBeschG entsprechen. Der Anteil beträgt bei Zuschlagserteilung bis zum 31.12.2025 10 % der Leistung, gemessen in Fahrzeugeinsatztagen.	Nachweis C.3.1.6 (Los 1) C.3.2.6 (Los 2)	mit dem Angebot
VII bn	Anlagenkennblatt der vorgesehenen Anlage(n) für die Verwertung der sperrigen Abfälle aus Holz (Hol- und Bringsystem) je Los	Formblatt C-E	mit dem Angebot
VII bo	Anlagenkennblatt der vorgesehenen Anlage(n) für die Verwertung der durch den AN zu	Formblatt C-F	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
	verwertenden Grünabfälle/ Weihnachtsbäume von den Wertstoffhöfen je Los		
	Unterlagen zu Los 3 (Problemstoffsammlung mobil):		
VII ca	Darstellung des Detailkonzeptes der Leistungserbringung für Los 3 unter Benennung folgender Aspekte: a) Bezeichnung der Betriebsstätten und Betriebsstandorte, von der aus die Leistungen erbracht werden sollen, und Darstellung der Verfügbarkeit der Betriebsstätten zum Leistungsbeginn, b) Beschreibung der vorgesehenen mobilen Sammelstelle (textliche Beschreibung inkl. Foto oder Graphik), c) Darstellung der Verfügbarkeit geeigneten Fachpersonals im Sinne der Ziffern 5.1 und 5.2 der TRGS 520 zum Leistungsbeginn.	Nachweis C.3.3.1	mit dem Angebot
VII cb	Angaben bezüglich der Anzahl der erforderlichen Fahrzeuge sowie technische und kalkulatorische Angaben bezüglich der Fahrzeuge und Aufbauten, die zur Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlich sind.	Formblatt C-A	mit dem Angebot
VII cc	Angaben bezüglich Anzahl und Tätigkeitsbereich der für die Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlichen Mitarbeiter.	Formblatt C-B	mit dem Angebot
VII cd	Nachweis der zu Leistungsbeginn gesicherten Verfügbarkeit der in dem Formblatt C-A aufgeführten Fahrzeuge durch Eigenerklärung.	Nachweis C.3.3.2	mit dem Angebot
VII ce	Nachweis der zu Leistungsbeginn gesicherten Verfügbarkeit der in dem Formblatt C-B aufgeführten Mitarbeiter durch Eigenerklärung.	Nachweis C.3.3.3	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
VII cf	Beschreibung des vorgesehenen Entsorgungskonzeptes für die Abfälle des Loses 3 unter Benennung der ggf. eingesetzten Zwischenlager und Angabe der vorgesehenen Verwertungs-/ Beseitigungsanlagen für die Endbehandlung der angenommenen Problemstoffe. Detaillierte Angaben zu den vorgesehenen Entsorgungsanlagen sind in Formblatt C-3-C zu machen.	Nachweis C.3.3.4	mit dem Angebot
VII cg	Benennung der vorgesehenen Entsorgungsanlage(n) für die Entsorgung der gefährlichen Abfälle.	Formblatt C-3-C	mit dem Angebot
	Unterlagen zu Los 4 (Problemstoffsammlung stationär):		
VII da	Darstellung des Detailkonzeptes der Leistungserbringung für Los 4 unter Benennung folgender Aspekte: a) Bezeichnung der Betriebsstätten und Betriebsstandorte, von der aus die Leistungen erbracht werden sollen, und Darstellung der Verfügbarkeit der Betriebsstätten zum Leistungsbeginn, b) Beschreibung der vorgesehenen stationären Sammelstelle (textliche Beschreibung inkl. Foto oder Graphik), c) Darstellung der Verfügbarkeit geeigneten Fachpersonals im Sinne der Ziffern 5.1 und 5.2 der TRGS 520 zum Leistungsbeginn	Nachweis C.3.4.1	mit dem Angebot
VII db	Angaben bezüglich Anzahl und Tätigkeitsbereich der für die Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlichen Mitarbeiter.	Formblatt C-B	mit dem Angebot
VII dc	Nachweis der zu Leistungsbeginn gesicherten Verfügbarkeit der in dem Formblatt C-B aufgeführten Mitarbeiter durch Eigenerklärung.	Nachweis C.3.4.3	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
VII dd	Beschreibung des vorgesehenen Entsorgungskonzeptes für die Abfälle des Loses 4 unter Benennung der ggf. eingesetzten Zwischenlager und Angabe der vorgesehenen Verwertungs-/ Beseitigungsanlagen für die Endbehandlung der angenommenen Problemstoffe. Detaillierte Angaben zu den vorgesehenen Entsorgungsanlagen sind in Formblatt C-4-C zu machen.	Nachweis C.3.4.4	mit dem Angebot
VII de	Benennung der vorgesehenen Entsorgungsanlage(n) für die Entsorgung der gefährlichen Abfälle.	Formblatt C-4-C	mit dem Angebot
	Unterlagen zu Los 5 (Verwertung von PPK):		
VII ea	Darstellung des Logistikkonzeptes zur Erbringung der Leistungen des Loses 5 und Darstellung des Reservehaltungskonzeptes	Nachweis C.3.5.1	mit dem Angebot
VII eb	Angaben bezüglich der Anzahl der erforderlichen Fahrzeuge sowie technische und kalkulatorische Angaben bezüglich der Fahrzeuge und Aufbauten, die zur Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlich sind.	Formblatt C-A	mit dem Angebot
VII ec	Nachweis der zu Leistungsbeginn gesicherten Verfügbarkeit der in dem Formblatt C-A aufgeführten Fahrzeuge durch Eigenerklärung.	Nachweis 3.5.2	mit dem Angebot
VII ed	Anlagenkennblatt der vorgesehenen Verwertungsanlage für die Verwertung von Papier, Pappe und Kartonagen.	Formblatt C-5-C	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
VIII	**Auf Verlangen des Auftraggebers zusätzlich vorzulegende Unterlagen**		
VIII a	Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben (nicht älter als 12 Monate; die Pflicht zur Vorlage gilt nicht, falls die für den Bieter zuständige Finanzbehörde solche Nachweise nicht erteilt, was vom Bieter ebenfalls zu belegen ist)	Nachweis	auf Verlangen des AG
VIII b	Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung (Krankenkasse, bei der die meisten Arbeitnehmer versichert sind – nicht älter als 12 Monate)	Nachweis	auf Verlangen des AG
VIII c	Aktueller (d. h. bei Vorlage noch gültiger) Nachweis der Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft	Nachweis	auf Verlangen des AG
VIII d	Genehmigungsunterlagen und Bereitschaftserklärungen der Anlagenbetreiber bezüglich der in Formblatt C-1-D, C-2-D, C-E, C-F, C-3-C, C-4-C und C-5-C benannten Entsorgungsanlagen sowie ggf. weitere anlagenbezogene Erklärungen und Nachweise zur Aufklärung der Angebotsinhalte.	Nachweis	auf Verlangen des AG
VIII e	Nachweis einer bestehenden Umwelthaftpflichtversicherung in gesetzlich vorgeschriebener Höhe. Statt einer Umwelthaftpflichtversicherung kann auch eine nach § 19 Abs. 2 UmweltHG zulässige Deckungsvorsorge nachgewiesen werden.	Nachweis	auf Verlangen des AG
VIII f	Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (Russland-Sanktionen)	Formblatt in Teil C	auf Verlangen des AG

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Übermittlung
IX	**Unterlagen zu Unterauftragnehmern**		
IX a	Erklärung des Bieters zum Einsatz von Unterauftragnehmern	Formblatt C-2.9	mit dem Angebot
IX b	Eigenerklärung des Unterauftragnehmers (Benennung, Bereitschaftserklärung zur Leistungserbringung, Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB, AEntG, MiLoG und SchwarzArbG)	Formblatt C-2.10	auf Verlangen des AG
IX c	Für Unterauftragnehmer sind auf Verlangen des AG die gleichen Nachweise und Erklärungen wie für den Hauptauftragnehmer vorzulegen.	Nachweise	auf Verlangen des AG
X	**Weitere Bestandteile der Vergabeunterlagen**		
X a	Leistungsbeschreibung	Teil D	
X b	Besondere Vertragsbedingungen	Teil F	
X c	alle bis zum Ablauf der Angebotsfrist durch den Auftraggeber bereitgestellten Bieterinformationen		

7.10.2 Mindestanforderungen an die Referenzaufträge gemäß Ziffer 7.10.1 Nr. VI a

zu Los Nr.	Vergleichbare Leistung	Mindest-anzahl Referen-zen	bereits ab-solvierter Vertrags-zeitraum	Mindestleistungs-umfang
1, 2	Behältergestützte Sammlung und Beförderung von Abfällen unter Einsatz eines Abfallbehälteridentifikationssystems, eingesetzt zur Gebührenerhebung, als Vertragsgegenstand, im öffentlichen Auftrag*	1	12 Monate	Entsorgungsgebiet mit mindestens 30.000 Einwohnern; Identsystem: Mindestanzahl von 2 Abfallsammelfahrzeugen und mehr als 50.000 identifizierten Entleerungen
1, 2	Haushaltsnahe Sammlung von Sperrmüll (AVV 20 03 07) mit Abrufkartensystem im öffentlichen Auftrag*	1	12 Monate	Entsorgungsgebiet mit mindestens 30.000 Einwohnern;
3	Sammlung und Beförderung von gefährlichen Abfällen im öffentlichen Auftrag*	1	12 Monate	Entsorgungsgebiet mit mindestens 30.000 Einwohnern
4	Entsorgung gefährlicher Abfälle	1	12 Monate	Entsorgung von mindestens 50 Mg/a an gefährlichen Abfällen
5	Verwertung oder Koordination der Verwertung von PPK im öffentlichen Auftrag*	1	12 Monate	Verwertung von mindestens 3.000 Mg/a

* im Auftrag einer Kommune, einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder eines Zweckverbandes bzw. einer Anstalt öffentlichen Rechts oder vergleichbaren Rechtsträgern, auch im Unterauftrag erbrachte Leistungen sind als Referenz zulässig

7.10.3 Anforderungen an die Zertifizierung gemäß Ziffer 7.10.1 Nr. VI b

zu Los Nr.	geforderte Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb nach § 57 KrWG i. V. m. Entsorgungsfachbetriebe-Verordnung (oder gleichwertige Nachweise) für die für die Sammel- und Beförderungsleistungen eingesetzten Unternehmen bzw. die zur Auftragserfüllung vorgesehenen Behandlungsanlagen
1, 2	• Sammlung und Beförderung von gemischten Siedlungsabfällen (AVV 20 03 01)
3	• Sammlung und Beförderung von Farben, Druckfarben etc. (AVV 20 01 27*)
4	• Beförderung, Behandlung oder Entsorgung von Farben, Druckfarben etc. (AVV 20 01 27*)
5	• Beförderung von gemischten Siedlungsabfällen (AVV 20 03 01) oder Papier und Pappe (AVV 15 01 01 / 20 01 01) oder Makeln, Lagern oder Verwerten von Papier und Pappe (AVV 15 01 01 / 20 01 01)
Sofern der Bieter eine neue Betriebsstätte einrichten möchte, die noch nicht vom Zertifikat erfasst ist, hat er jeweils glaubhaft zu machen, dass auch diese die Voraussetzungen für eine Zertifizierung erfüllen wird.	

7.10.4 Hinweise zur Einreichung von Nachweisen und zur Eignungsleihe

Bieter aus anderen Mitgliedsstaaten der EU müssen jeweils vergleichbare Nachweise und Erklärungen nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ansässig sind, vorlegen und ggf. eine amtlich anerkannte Übersetzung beifügen.

Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB muss für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft vollständig belegt sein. Die Leistungsfähigkeit und Fachkunde muss für die Bietergemeinschaft insgesamt nachgewiesen werden, d. h. hier werden die vorgelegten Nachweise der einzelnen Mitglieder in der Summe bewertet.

Gemäß § 47 Abs. 1, 4 VgV kann ein Unternehmen auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn nachgewiesen wird, dass die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Zum Nachweis, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel bei der Erfüllung des Auftrags zur Verfügung stehen, kann z. B. eine Verpflichtungserklärung nach dem Muster im Angebotsschreiben (Formblatt C-2.7) oder ein anderer geeigneter Nachweis vorgelegt werden.

Im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche und technische Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung ist die Eignungsleihe gemäß § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV nur möglich, wenn das andere Unternehmen die Leistung erbringt, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Nimmt ein Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, haben der Bieter/ Auftragnehmer und das andere Unternehmen zu erklären, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften (§ 47 Abs. 3 VgV).

7.10.5 Urkalkulation (Vergleiche Nr. 7.10.1 Nr. II b)

Der Bieter hat mit dem Angebot seine Urkalkulation für die Preisermittlung für das Leistungsentgelt als pdf-Dokument in einer ZIP-Datei mit Passwortschutz zu übermitteln. Die Kostenermittlung des Auftragnehmers muss mit Hilfe der Urkalkulation vollständig und zweifelsfrei nachvollziehbar sein.

Die Gliederung der Urkalkulation soll den Vorgaben des öffentlichen Preisrechts, insbesondere § 8 der VO PR-Nr. 30/53 i. V. m. LSP entsprechen. Der kalkulierte Gewinn ist separat auszuweisen. Die Ermittlung der Kosten (für Personal, Entsorgung, Maschinentechnik und eingesetzte Energie, Einsatzstoffe und Betriebsmittel differenziert nach fixen und variablen Kosten) sowie ggf. Verwertungserlöse müssen anhand der Urkalkulation je Preisposition vollständig nachvollziehbar sein. Die Anzahl der für den Auftrag erforderlichen Vollzeitmitarbeiter und die kalkulierten Jahreslohnkosten, jeweils gegliedert nach Qualifikation der Mitarbeiter, sind in der Urkalkulation auszuweisen. Das Mengengerüst zur Ermittlung der Einzelpreise für logistische Leistungen auf Grundlage der kalkulierten Transportzeiten, Verladezeiten und Wartezeiten ist exakt darzustellen.

Die Urkalkulation wird nur im Bedarfsfall und nach vorheriger Information des Auftragnehmers bzw. Bieters zur Prüfung der Angemessenheit der Preise nach § 60 VgV sowie zur Prüfung von Vertragsanpassungsverlangen (insbesondere Preisanpassung, vgl. Besonderen Vertragsbedingungen) geöffnet. Hierzu wird der Auftraggeber im Vorfeld das Passwort für die bei Angebotsabgabe übermittelte ZIP-Datei abfordern. Nach Zuschlagserteilung hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Urkalkulation zusätzlich in Papierform in verschlossenem und gekennzeichnetem Umschlag zur Aufbewahrung während der Vertragslaufzeit zu übergeben.

Stellt sich bei einer etwaigen Öffnung der Urkalkulation im Rahmen der Angebotswertung oder während der Vertragslaufzeit heraus, dass die Ermittlung der Kosten nicht nachvollziehbar ist oder die Angaben zu den Lohnkosten unvollständig sind, ist der Auftragnehmer bzw. Bieter zur unverzüglichen Nachreichung einer ordnungsgemäßen Urkalkulation verpflichtet.

7.11 Rücknahme von Angeboten

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können eingereichte Angebote zurückgezogen werden.

8. Sicherheitsleistung (Bürgschaft)

Als Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag hat der Auftragnehmer Sicherheit durch eine Bürgschaft nach Maßgabe von § 18 VOL/B in Höhe von 5 % der Bruttoauftragssumme gemäß den Besonderen Vertragsbedingungen zu leisten.

Die Bürgschaft ist jeweils unverzüglich, spätestens jedoch 18 Werktage nach Zuschlagserteilung, als selbstschuldnerische Vertragserfüllungsbürgschaft nach Maßgabe der

Besonderen Vertragsbedingungen und nach § 18 VOL/B zu stellen. Es wird zudem darauf hingewiesen, dass die Vergabestelle nach Maßgabe von § 18 VOL/B die Stellung von Konzernbürgschaften nicht zulässt.

9. Haftpflichtversicherung

Der Bieter unterhält während der Vertragslaufzeit eine Betriebshaftpflichtversicherung sowie eine Umwelthaftpflichtversicherung nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen.

Der Abschluss der Betriebshaftpflichtversicherung sowie der Umwelthaftpflichtversicherung ist zum Leistungsbeginn durch den Auftragnehmer unaufgefordert nachzuweisen.

10. Bindefrist

Der Bieter ist bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden. Die Bindefrist endet am:

30.11.2025

11. Zuschlagskriterien und Angebotswertung

11.1 Ausschluss von Angeboten von der Wertung

Von der Wertung ausgeschlossen werden Angebote i. S. v. § 57 Abs. 1 VgV.

Dazu gehören auch Angebote, die die in Teil E der Vergabeunterlagen spezifizierten Obergrenzen für die Wirtschaftlichkeit überschreiten (s. Ziffer 11.3).

11.2 Wertungskriterien: Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

Nach § 58 Abs. 1 VgV wird der Zuschlag nach Maßgabe des § 127 GWB auf das wirtschaftlichste Angebot unter Berücksichtigung des Preises (als prognostiziertem Gesamtentgelt für die Lose 3, 4 und 5 bzw. als prognostizierte Gesamtkosten für die Lose 1 und 2) und eines eventuell angebotenen Rabattes gemäß der detaillierten Beschreibung der Vorgehensweise in Teil E der Vergabeunterlagen erteilt.

Wird das Vergabeverfahren bezüglich eines Loses teilaufgehoben, werden Angebote zu den verbleibenden Losen ohne Rabatte gewertet.

11.3 Wirtschaftlichkeitsvorbehalt

Bei Los 4, Stationäre Sammlung, Transport und Entsorgung von Problemstoffen, werden nur Angebote in die Wertung einbezogen, die die in Teil E der Vergabeunterlagen spezifizierte Obergrenze nicht überschreiten (Wirtschaftlichkeitsvorbehalt).

12. Kosten

Für die Bearbeitung des Angebotes werden keine Kosten erstattet.

13. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen führen zum Ausschluss des Angebotes.

Werden diese erst nach Zuschlagserteilung bekannt, berechtigen sie den Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages und begründen nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen (Teil F der Vergabeunterlagen) Ansprüche auf Schadensersatz und Vertragsstrafe.

14. Datenschutz

Die vom Bieter mitgeteilten personenbezogenen Daten werden für das Vergabeverfahren gespeichert und verarbeitet und auch an die das Vergabeverfahren begleitenden Dienstleister weitergegeben. Die Bieter sind gehalten, die betroffenen Personen, deren Daten sie im Rahmen des Vergabeverfahrens weitergeben (z. B. eigene Mitarbeiter, auf Verlangen benannte Ansprechpartner bei Referenzgebern), entsprechend zu informieren. Ein Informationsblatt zur Erhebung personenbezogener Daten nach DSGVO ist diesen Bewerbungsbedingungen als Anlage 1 beigefügt.

15. Nachprüfungsstelle/ Vergabekammer

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen kann sich der Bewerber oder Bieter an die

Vergabekammer des Freistaates Sachsen
bei der Landesdirektion Sachsen

Postfach 10 13 64

04013 Leipzig

Telefon: 0049-341 977 - 3800

Telefax: 0049-341 977 - 1049

wenden.

16. Hinweis zur Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen

10 Kalendertage nach Absendung der Vorabinformation an unterlegene Bewerber per Fax oder durch Hochladen auf der Vergabeplattform ist der Vertragsschluss möglich. Sie beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber. Der Auftraggeber wird die betroffenen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, mit der Vorabinformation über den frühestens Zeitpunkt des vorgesehenen Vertragsschlusses in Textform informieren.

Auf das Vergabeverfahren findet das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der aktuellen Fassung Anwendung.

§ 160 lautet auszugsweise:

„(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

[…]

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht

innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind."

Demzufolge ist ein Antrag an die o. g. Nachprüfungsstelle (Vergabekammer) insbesondere unzulässig, sofern ein Verstoß gegen Vergabevorschriften gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt wird (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB) und nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, ein Nachprüfungsantrag gestellt wurde (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

Wir weisen darauf hin, dass der Bieter wegen des Akteneinsichtsrechts aller Beteiligten eines Nachprüfungsverfahrens nach § 165 Abs. 1 GWB damit rechnen muss, dass sein Angebot von den Beteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird. Daher liegt es in seinem Interesse, schon in seinen Angebotsunterlagen auf wichtige Gründe nach § 165 Abs. 2 GWB für eine Versagung der Akteneinsicht hinzuweisen und betroffene Angebotsteile kenntlich zu machen (Geheimnisse, insbesondere Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse). Zur Durchsetzung seiner Rechte muss sich der Auftragnehmer an die Vergabekammer wenden.

Wir weisen schließlich darauf hin, dass das Verfahren vor der Vergabekammer für die unterlegene Partei kostenpflichtig ist.

Anlage 1

Datenschutzhinweise zur Weiterleitung an die betroffenen Personen

1. Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie über die Datenverarbeitung in unserem Vergabeverfahren zur Erbringung von abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen im Landkreis Mittelsachsen.

   Verantwortliche/r im Sinne des Datenschutzrechts ist:

   EKM Entsorgungsdienste
   Kreis Mittelsachsen GmbH
   Frauensteiner Str. 95

   09599 Freiberg

   Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

   IBP GmbH, Hr. Stefan Werner
   Leipziger Str. 180

   09114 Chemnitz

   Telefon: 0371 28 06 860

   E-Mail: s.werner@ibp-optimierung.de

2. Wir verarbeiten die folgenden personenbezogenen Daten, die wir bei dem Unternehmen, von dem Sie diese Hinweise zugeleitet erhalten, erhoben haben:

   - Postanschrift/en, Telefonnummer/n, Telefaxnummer/n, E-Mail-Adresse/n des Ansprechpartners des Bieters
   - ggf. Name und Telefonnummer des Ansprechpartners beim Referenzgeber
   - ggf. personenbezogene Angaben im Rahmen der Abfrage von Angaben zur technischen Leitung

3. Wir verarbeiten personenbezogene Daten zu Zwecken der

   - Durchführung des gemäß § 97 Abs. 1 GWB erforderlichen Vergabeverfahrens zur Sicherstellung der gesetzlichen Aufgabe der Abfallentsorgung nach § 20 KrWG,
     - dabei zur Korrespondenz mit dem Bieter,
     - zur Prüfung der Eignung des Bieters gemäß §§ 122 ff. GWB und hier der technischen Leistungsfähigkeit (z. B. § 46 VgV).

4. Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung im Vergabeverfahren ist

   - Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe e) DSGVO

5. Es erfolgt eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an die folgenden zur Verschwiegenheit verpflichteten Berater des Auftraggebers, die zur Begleitung des Vergabeverfahrens herangezogen worden sind (z. B.: Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieurbüros):

   - GAVIA GmbH & Co. KG, Ansbacher Str. 52, 10777 Berlin

- [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.] Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Energieforum Berlin, Stralauer Platz 34, 10243 Berlin

im Falle eines Nachprüfungsantrags ferner an die Vergabekammer und ggf. das Oberlandesgericht als Beschwerdegericht.

6. Die personenbezogenen Daten werden für die folgende Dauer gespeichert:

- beim Auftraggeber gemäß § 8 Abs. 4 Satz 1 VgV über die Laufzeit des Vertrags/der Rahmenvereinbarung, mindestens jedoch drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags
- bei den Beratern:
    - Rechtsanwälte: Die für die Mandatierung übermittelten personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist für Anwälte (gem. § 50 BRAO 6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres in dem das Mandat beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht. Sie werden länger als 6 Jahre aufbewahrt, wenn nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c) DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (§ 147 AO bzw. HGB) eine Verpflichtung zu einer längeren Speicherung besteht. Die von der Kanzlei erstellten Dokumente sowie die dafür erhaltenen Unterlagen werden aus haftungsrechtlichen Gründen in elektronischer Form 30 Jahre aufbewahrt.
    - Ingenieure: bis sechs Monate nach Ablauf der Laufzeit des Vertrags

7. Sie haben folgende Rechte als „betroffene Person“, deren Daten wir verarbeiten:

- Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO
- Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO
- Recht auf Löschung („Vergessenwerden“) nach Art. 17 DSGVO
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO
- Recht auf Übertragung Ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format nach Art. 20 DSGVO
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung nach Art. 21 DSGVO

Wenn Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Datenschutz-Grundverordnung verstößt, haben Sie das Recht zur Beschwerde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz (in der Regel Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit). Die Beschwerde kann insbesondere bei der Aufsichtsbehörde eingelegt werden, die am Ort Ihres gewöhnlichen Aufenthalts, Ihres Arbeitsplatzes oder des mutmaßlichen Verstoßes zuständig ist.